

Mailanfrage an:
Bundesräte
Medien
Swissmedic
EKIF
Parteien
BAG
Nationalräte
Ständeräte

CC:
Ärzte
Vereine

Vereinigung Bürger fragen nach
buerger.fragen.nach@gmail.com
Datum 31.10.2022

W. Philipps, EU-Kommission sagt: “Wenn Sie eine Impfung wollen, die vor Übertragung schützt, dann viel Glück”.

Sehr geehrte Damen und Herren

Frau Janine Small, Direktorin Pfizer Inc., gab während der Befragung im EU-Parlament am 11.10.2022 bekannt, dass die Verhinderung der Übertragbarkeit vor Markteinführung **nicht** getestet wurde. Sie alle haben diese Information bereits am 17.10.22 per Mail von uns erhalten. Dies wussten Pfizer wie auch die Zulassungsbehörden und somit auch die verantwortlichen Personen in der Landesregierung, welche die noch immer geschwärzten und der Bevölkerung somit nicht vollständig zugänglichen Verträge mit Pfizer unterzeichnet haben.

Ein absoluter Skandal und nur vereinzelte Medien wie zum Beispiel die Weltwoche und Linth24 berichteten darüber!

Nun folgt, anlässlich der nächsten Befragung vor dem EU-Parlament am 13.10.2022, der nächste Paukenschlag: Diesmal wurde Wolfgang Philipp, Mitglied der Europäischen Kommission, von Herrn Cristian Terhes, EU-Parlament, befragt. Herr Philipp teilte unverhohlen mit:

“Wenn Sie eine Impfung wollen, die vor Übertragung schützt, dann viel Glück”.

Wie bitte?

Hier das Video:

<https://twitter.com/i/status/1583012500232368128>

Wir stellen erneut die Frage:

1. Wann wird die Bevölkerung über die behauptete, jedoch nicht überprüfte und/oder bewiesene Immunisierung durch diese "Covid-Impfungen" (effektiv GMTP) aufgeklärt?
2. Wann verlangen die Parlamentarier endlich eine lückenlose Aufklärung zu allen Massnahmen der letzten 2 Jahre?

Und dann bitte vergessen Sie unsere diversen Schreiben zur 2-G-Regelung im Jahr 2021/2022 nicht, die noch immer nicht beantwortet wurden. Unsere Hauptfrage an Herrn Bundesrat Alain Berset lautete bereits im April 2022:

“ Würden Sie aufgrund des heute allseits vorhandenen Wissens, dass die «Covid-Impfung» (effektiv GMTP) nicht vor Ansteckung und Weitergabe des SARS-CoV-2-Virus und auch nicht zwingend vor einem schweren Krankheitsverlauf schützt, in Zukunft anders handeln?“

Wann greifen Politiker und Medien diese Fragen der Bevölkerung auf und wann ist Herr Bundesrat Berset bereit, uns eine ehrliche Antwort zu liefern?

Unsere drei Schreiben erhalten Sie nochmals im Anhang, damit keine Unklarheiten bestehen, auf welche dringenden Antworten die Bevölkerung noch immer wartet.

Freundliche Grüsse

Vereinigung Bürger Fragen nach



Anhang 1: Mail vom 6.4.2022 - nicht beantwortet

Mail an: Herr Bundesrat Alain Berset

Vereinigung Bürger fragen nach
Bezirk Dielsdorf/Bülach/Uster
buerger.fragen.nach@gmx.ch

Massnahmen des Bundesrates im Jahr 2021: Einführung der 2-G-Regel

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Der Bundesrat entschied im Jahr 2021, die 2-G-Regel einzuführen und verwehrte somit völlig gesunden Menschen den Zugang zu grossen Teilen des öffentlichen Lebens. Die weitgehenden Einschränkungen haben bei einem Teil der Bevölkerung ein tiefes Trauma ausgelöst und verständlicherweise zu einem

Vertrauensverlust in die politische Führung der Schweiz (den Bundesrat) geführt, da in unserem Land keine Diskriminierung, auch nicht von Minderheiten, stattfinden sollte.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie deshalb fragen, ob Sie aufgrund des heute allseits vorhandenen Wissens, dass die «Impfung» nicht vor Ansteckung und Weitergabe des SARS-CoV-2-Virus und auch nicht zwingend vor einem schweren Krankheitsverlauf schützt, in Zukunft anders handeln würden?

Wird der Bundesrat auch in Zukunft bei ähnlichen oder anderen Gegebenheiten unschuldige oder gesunde Steuerzahler und Bürger dieses Landes aus der Gesellschaft ausschliessen, ohne ihnen Gehör zu schenken, ohne klare und gesicherte Begründungen zu liefern und so das Grund- und Menschenrecht auf Leben und auf persönliche Freiheit (Art. 10 der Bundesverfassung) entziehen?

Wir danken Ihnen im Voraus für eine Stellungnahme und wünschen Ihnen eine gute Zeit.

Freundliche Grüsse

Vereinigung Bürger fragen nach

Bezirk Dielsdorf/Bülach/Uster

Anhang 2: Mail vom 10.7.2022 - nicht beantwortet

Mail an: Herr Berset und BAG

BCC: Diverse Medien

Absender:

Vereinigung Bürger fragen nach

buerger.fragen.nach@gmail.com

Erstellungsdatum 10.07.2022

Nochmalige Anfrage zu Massnahmen des Bundesrates im Jahr 2021: Einführung der 2-G-Regel

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom Mittwoch, 6.4.2022 haben wir Ihnen eine Anfrage zur 2-G-Regel, eingeführt im Herbst 2021, gestellt. Sie haben uns eine automatisierte Antwort zukommen lassen und auf die Aufhebung der Regeln und die jetzt geltenden Massnahmen hingewiesen. Auf unsere Fragen sind Sie jedoch nicht eingegangen, obwohl viele Bürger auf eine Erklärung seitens der verantwortlichen Personen warten. Das ursprüngliche Mail sowie Ihre automatisierte Rückmeldung finden Sie in unserem Mail angefügt.

Unsere Hauptanliegen, zu welchen wir gerne eine Antwort hätten, sind die folgenden:

- Anerkennt der Bundesrat die Tatsache, dass trotz Impfungen eine Ansteckung sowie Weitergabe des SARS-CoV-2-Virus erfolgen kann?

- Auf welche Daten stützt sich der Bundesrat, dass die Impfung vor einem schweren Krankheitsverlauf schützt?
- Wo wird nachgewiesen, ob die gespritzten Substanzen (Impfung) überhaupt wirken und diese sicher sind?
- Wo werden die Spike-Proteine im Körper produziert? Wie lange, in welcher Quantität und in welcher Qualität werden sie produziert?
- Können die Ärzte die Patienten aufklären, welche Substanzen in den Körper gespritzt werden, wie sie wirken und wie lange sie wirken?
- Wie kann eine verlangte Einwilligung zu dieser Injektion geleistet werden und ist diese tatsächlich auch gültig, wenn oben erwähnte Punkte nicht bekannt sind (befristete Zulassung verlangt eine Einwilligung des Patienten zur Teilnahme als Testperson)?
- Kennt der Bundesrat die Daten von VAERS, EMA, UK Health dept. und dem israelischen Health dept. in Bezug auf die Auflistung möglicher Impf-Nebenwirkungen, inkl. Todesfolge?
- Wenn ja, wie erklären Sie die vielen positiven Fälle und Erkrankungen, inklusive Todesfälle von geimpften Personen?
- Wann gedenkt der Bundesrat, Obduktionen zu veranlassen, um feststellen zu können, ob die Spike-Proteine tatsächlich an Ort und Stelle verbleiben oder sie sich im ganzen Körper verteilen?
- Wurden Obduktionen von Verstorbenen, deren Tod im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung steht, gemacht? Konnte mit diesen Obduktionen eindeutig festgestellt werden, woran diese Personen nun tatsächlich gestorben sind?
- Die Pathologen-Konferenz [1] zeigt auf, dass Todesfälle nach Impfung möglich sind. Ist der Bundesrat und das BAG daran interessiert, hier Aufklärung zu leisten und sich mit den Pathologen auszutauschen, um weitere mögliche Todesfälle und schwerwiegende Nebenwirkungen aufgrund der befristeten Zulassungen der Impfstoffe verhindern zu können?
- Die vielen schwerwiegenden Nebenwirkungen und die Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung oder der bereits durchgeführten Obduktionen stimmen mit den von der FDA [2] veröffentlichten Ausführungen überein. Wann gedenkt der Bundesrat, zu den genannten, veröffentlichten Informationen der FDA [2] Stellung zu beziehen?
- Anerkennt der Bundesrat, dass die 2-G-Regel unverhältnismässig war und somit ein Teil der Bevölkerung einer nicht erklärbaren Diskriminierung ausgesetzt war?
- Wie und wann gedenkt der Bundesrat, sich öffentlich bei der betroffenen Bevölkerungs-Gruppe zu entschuldigen?
- Wann äussert sich der Bundesrat zu den erfolgreichen Behandlungsmöglichkeiten bei einer Erkrankung? Wo sind diese Behandlungsprotokolle für die Bevölkerung abrufbar? Ab welchem Krankheitsstadium sollte diese Behandlung aus Ihrer Sicht starten?

Unsere wichtigste Frage, welche wir Ihnen in unserer ersten Mailanfrage bereits stellten, möchten wir hier nochmals an Sie richten:

- Wird der Bundesrat auch in Zukunft bei ähnlichen oder anderen Gegebenheiten unschuldige oder gesunde Steuerzahler und Bürger dieses Landes aus der Gesellschaft ausschliessen, ohne ihnen Gehör zu

schenken, ohne klare und gesicherte Begründungen zu liefern und so das Grund- und Menschenrecht auf Leben und auf persönliche Freiheit (Art. 10 der Bundesverfassung) entziehen?

Viele Einwohner der Schweiz, die hier Steuern bezahlen und auch hier ihre Heimat und ihr zu Hause sehen, wurden ausgegrenzt, diffamiert und an den Pranger gestellt. Wie sich bereits damals abzeichnete und längst bestätigt wurde, war die Ausgrenzung illegal, da die genannten Argumente (Weiterverbreitung und Ansteckung des SARS-CoV-2-Virus) falsch waren. Viele Bürger haben sich bereits damals gegen die Ausgrenzung von gesunden Menschen gewehrt. Es kann somit nicht sein, dass der Bundesrat, das BAG, die Swissmedic, die zuständigen kantonalen Behörden sowie Wissenschaftler und Ärzte keine Kenntnis von dieser Ungerechtigkeit hatten.

Wir bitten Sie nochmals inständig, uns hier die Fragen zu beantworten. Besten Dank.

Freundliche Grüsse
Vereinigung Bürger fragen nach

Quellenverweis:

[1]

<https://pathologie-konferenz.de/>

Anhang 3. Mail vom 4.9.2022 - nicht beantwortet

An: Herr Bundesrat Alain Berset
BAG
CC: alle National- und Ständeräte
diverse Parteien
BCC: Diverse Medien
Diverse Verbände und Verbandsmitglieder

Absender:
Vereinigung Bürger fragen nach
buerger.fragen.nach@gmail.com
Erstellungsdatum 04.09.2022

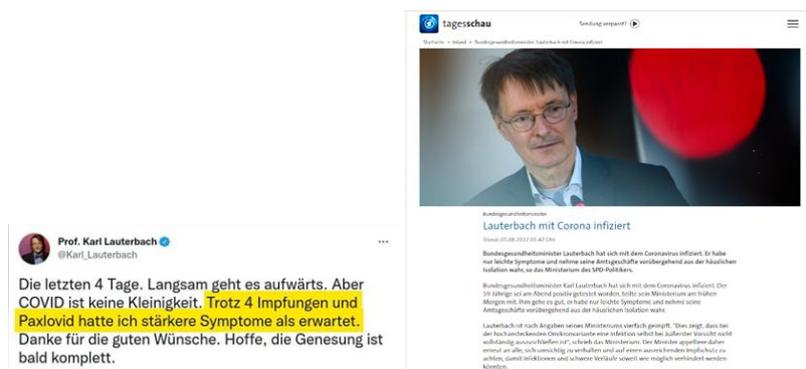
Anfrage zu Massnahmen des Bundesrates im Jahr 2021: Einführung der 2-G-Regel

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere beiden Anfragen betreffend der diskriminierenden und einer Regierung unwürdigen 2-G-Regel, welche ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage eingeführt wurde, sind noch immer nicht beantwortet. Die Antworten sowie die Aufarbeitung für dieses für **uns** beschämende und nicht akzeptierbare Verhalten der Regierung in Form einer noch nie dagewesenen Ausgrenzung und Verunglimpfung einer bestimmten Personengruppe ist zwingend nötig, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und die Parlamentarier wiederherstellen zu können.

Beispiel für die unsinnige 2-G-Regel: Herr Lauterbach vom 5.8.2022:

Er ist gemäss eigenen Aussagen 4-fach "geimpft" und nach seinen Aussagen mit einer schweren Erkrankung, gemäss ARD mit einer leichten Erkrankung, positiv getestet worden. Dass hier wohl wiederholt Falschinformationen über die Medien verbreitet werden, ist klar ersichtlich, da Herr Lauterbach es ja selbst wissen sollte, wie schwer seine Erkrankung war.



Nach vier "Impfungen" (!!) erlitt Herr Lauterbach nun also gemäss seinen Aussagen einen schwereren Verlauf als erwartet. Wie kann denn nun eine Ansteckung überhaupt erfolgt sein? Zudem ist er als brennender Befürworter der Maskentragepflicht und als ständiger Maskenträger allgemein bekannt. Hat hier weder die "Impfung"/GMTP* noch die Maske gewirkt? Herr Lauterbach befindet sich in prominenter Gesellschaft, denn auch der Pfizer-Chef Herr Albert Bourla (4-fach-"geimpft"), der US-Präsident Herr Biden (mindestens 4-fach-"geimpft") und der thailändische Gesundheitsminister Herr Anutin Charnvirakul (6-fach-"geimpft") wurden positiv getestet.

Wurden wir belogen, als uns ein wirksamer Schutz dieser "Impfung"/effektiv GMTP* versprochen wurde und ein Zertifikat für 12 Monate nach "Impfung"/GMTP* ausgestellt wurde? Die Fakten waren bereits bei der Einführung der 2-G-Regel in den Fachmittelinformationen der jeweiligen «Impfstoff-Hersteller» zu finden (Schutzdauer unbekannt, Schutzwirkung unbekannt). Als Beispiel zitieren wir aus der Fachmittelinformation Comirnaty (<https://www.swissmedinfo.ch/ShowText.aspx?textType=FI&lang=DE&authNr=68225>):

“Die Dauer des durch den Impfstoff induzierten Schutzes ist nicht bekannt, da sie noch in laufenden klinischen Studien ermittelt wird.”

Mittlerweile gibt es viele Studien und Statistiken, veröffentlicht von weltweit anerkannten Fachleuten (*nicht Experten! – man beachte den Unterschied*), welche die Sinnlosigkeit dieser «Impfstoffe"/GMTP* aufzeigen. Weshalb hier der Bundesrat schon wieder 30 Millionen "Impf"-Dosen für 1 Milliarde Franken einkaufte/vorbestellte, ist unerklärbar. Zumal die Viren ständig mutieren und diese Impfstoffe (auch wenn sie funktionieren/nutzen würden) immer nur ein veraltetes Virus «detektieren» können.

Aber auch der PCR-Test ist Gegenstand der Diskussion, da er nur ein Virus erkennen kann, jedoch keine Erkrankung. Auch hier besteht unverändert dringender Aufklärungsbedarf.

Wir bitten Herrn Bundesrat Berset und sein Departement, zu unseren Fragen gemäss Anhang 1 + 2 doch bitte endlich Stellung zu beziehen.

Und die Mitglieder des Nationalrates und Ständerates mögen sich doch bitte besinnen, dass sie der Bevölkerung dienen sollten und somit **einer Klärung dieser umstrittenen Regelung sowie sämtlicher Ungereimtheiten der letzten zwei Jahre** Nachdruck verleihen sollten. Besten Dank.

Freundliche Grüsse

Vereinigung Bürger fragen nach

* GMTP = Gen-Manipulierendes-Therapeutisches-Produkt